

Deutscher Bundestag

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Platz der Republik 1
11011 Berlin

-per E-Mail-

20. September 2024

Bundshaushalt 2025 – Psychosoziale Unterstützungsangebote ausreichend finanzieren

[REDACTED]

die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) appelliert an Sie, von den geplanten Einsparungen bei psychosozialen Unterstützungsangeboten im Entwurf des Bundshaushalts 2025 abzusehen. Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass die Finanzmittel für die Psychosozialen Zentren (PSZ) wieder aufgestockt werden.

Wir betrachten mit großer Sorge und Unverständnis, wie sich die Versorgungslage von Schutzsuchenden zunehmend verschärft und der Zugang zur Regelversorgung auch durch die vom Deutschen Bundestag beschlossene Verlängerung des Bezugszeitraums eingeschränkter Gesundheitsleistungen auf 3 Jahre immer weiter erschwert wird. Aus unserer Sicht werden dadurch mehr gesellschaftliche Probleme geschaffen als gelöst. Denn Integration erfordert Gesundheit – insbesondere auch psychische Gesundheit. Wer psychisch erkrankt ist, der*dem fällt es schwerer, die deutsche Sprache zu lernen, in die Schule zu gehen oder einem Beruf nachzugehen oder den Alltag zu bewältigen. Zu späte Behandlung und Chronifizierung psychischer Erkrankungen führen zu höheren volkswirtschaftlichen Kosten, die vermeidbar wären, wenn Schutzsuchende rechtzeitig Zugang zur Versorgung erhielten.

Die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (PSZ) bieten ein in Deutschland einzigartiges Unterstützungsangebot für psychisch belastete und erkrankte Geflüchtete, das dringend ausgebaut werden muss – und nicht abgebaut! Die fehlende Finanzierung wird absehbar dazu führen, dass das Unterstützungsangebot wegbricht oder stark reduziert werden muss. Das ohnehin schon knappe Versorgungsangebot für psychisch kranke Geflüchtete wird somit noch weiter schrumpfen.

Eine Aufstockung der Mittel und längerfristige Finanzierung der PSZ ist dringend nötig, damit deren Arbeit aufrechterhalten bleibt, Psychotherapien nicht abgebrochen werden müssen und einem Verlust der in den PSZ beschäftigten Fachkräfte vorgebeugt wird.

Wir bitten Sie daher, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesmittel für die PSZ nicht gekürzt werden und mindestens in Höhe von EUR 17 750 T Euro (Einzelplan 17 - Haushaltstitel 684 05 - 236) eingestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Benecke', written in a cursive style.

Dr. Andrea Benecke